

Meinolf Schmidt: Auch Bürgermeister Wigant geht zur Kommunalaufsicht

Unna. Die Bürgerbeschwerde über Unnas Ratsmitglied Meinolf Schmidt ist von der Bezirksregierung an den Kreis Unna delegiert worden. Dort ist dieser Hinweis aber nicht der erste, der eingegangen ist.

Verfehlungen in Politik oder Verwaltung der Stadt Unna untersucht zunächst immer erst die Kommunalaufsicht beim Kreis – und so soll es auch im „Fall Schmidt“ bleiben. Die Frage eines Unnaer Bürgers, ob man dem Freien Wähler Schmidt tatsächlich nicht das Ratsmandat entziehen könne, hat die Bezirksregierung Arnsberg daher nach kurzer Vorprüfung dem Kreis übertragen.

Anders als die Kolleginnen und Kollegen in Arnsberg mussten sich die Fachleute des Landrates aber nicht erst in die Vorgänge einlesen. Denn im Kreishaus ist der Fall keineswegs neu. Ein erster offizieller Hinweis

war dort von Unnas Bürgermeister Dirk Wigant eingereicht worden, wie das Büro des Landrates nun bekannt gibt.

Der Verwaltungschef aus Unna habe die Kommunalaufsicht um rechtliche Prüfung gebeten – nicht allein, um die Bewertung des Themas durch die Stadtverwaltung abzusichern, sondern auch mit Blick auf den weiteren Umgang damit. Anlass war auch ein Antrag der Freien Liste in Unna. Deren Fraktionsvorsitzender Klaus Göldner hat angeregt, dass der Stadtrat Meinolf Schmidt zum freiwilligen Verzicht auf sein Ratsmandat auffordert.

Schmidts Kandidatur bei der Kommunalwahl 2020 beruhte auf falschen eidesstattlichen Versicherungen, für die der Vorsitzende der Freien Wähler in Unna zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. *ska.*